



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
 Fernsprecher 21831-33  
 Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/198 - 3. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Wir schlagen Alarm! Das Gespenst der "Wehrkraftzersetzung" bedroht uns	109
3 - 4	Deutsche Parlamentarier in Mexiko Von unserem Korrespondenten für Lateinamerika Max Diamant, Mexiko-City	72
5 - 6	Vor der Wahl im kleinsten Bundesland ' Bremen - Beispiel sozialdemokratischer Leistungen	102
7	Zur Erinnerung an Wilhelm Mellies Am 5. September wäre er 60 Jahre alt geworden	35

\* \* \* \*  
 \* \* \*

## Wir schlagen Alarm!

sp - Die Grenze des Zulässigen ist überschritten: Wir schlagen Alarm! Die staats- und volksschädigende Hetze gegen die ganze demokratische Linke, die von den reaktionären und restaurativen Kräften der Bundesregierung und der Bonner Regierungsparteien zur ausschliesslich partei-egoistischen Bekämpfung der Sozialdemokratie inszeniert und ausgebaut worden ist, hat soeben einen Punkt erreicht, bei dem weiteres Schweigen und widerstandsloses Hinnehmen Selbstmord der Demokratie wäre.

Unter der alle bösen Erinnerungen wachrufenden Schlagzeile "Gefährdung der Wehrkraft" wurde in der August-Fummer der "Wehrtechnischen Monatshefte", die von der Bad Godesberger "Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik" mit Subventionsgeldern der Bundesregierung herausgegeben wird, nach dem Staatsanwalt gerufen, um bundesdeutsche Staatsbürger und Organisationen, die pazifistische Tendenzen vertreten oder gegen die Aufrüstung sind oder die Verteidigungskonzeption der Bundesregierung ablehnen, unter der Anklage der "verfassungsverräterischen Zersetzung" nach § 91 des Strafgesetzbuches hinter Schloss und Riegel zu bringen und sie so aus dem öffentlichen Leben auszuschalten. Die Schatten unserer jüngsten Vergangenheit verdunkeln den Tag, wenn wir lesen, dass wiederum von solchen "Leuten" gesprochen wird, die "von innen her die Wehrbereitschaft und Wehrkraft unseres Volkes zersetzen" und sich "gegen den Bestand und die Sicherheit" der Bundesrepublik richten.

Der Artikel "Gefährdung der Wehrkraft" ist von dem "Ersten Vorsitzenden des Vorstandes" der "Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik" und Hauptschriftleiter der "Wehrtechnischen Monatshefte", dem Generalleutnant a.D. Dipl.-Ing. E. Schneider, geschrieben worden. Der General geht von der für ihn selbstverständlichen und undiskutierbaren Ansicht aus, dass der Westen und mit ihm vor allem die Bundesrepublik "alle Vorbereitungen bis zum Letzten zu treffen" haben, "um den Sowjets mit den gleichen (atomaren) Waffen in voller Stärke zu antworten". An dieser für die Bundesrepublik grössenwahnsinnigen und selbstmörderischen Atom-Maxime misst der General alle kritischen oder ablehnenden Stimmen und kommt zu folgender Aufgliederung der Bevölkerungsteile, die nicht bereit sind, die Atom-Aufrüstung unbedenken und begeistert mitzumachen:

1. die Indifferenten, die "von den Verteidigungsfragen nichts wissen wollen und überwiegend aus Bequemlichkeit einer klaren Stellungnahme vor sich selbst und vor anderen auszuweichen" suchen;
2. die "sogenannten Rückversicherer, die den kommerziellen und kulturellen Kontakt mit den Sowjets suchen und pflegen und zum Teil sogar der kommunistischen Organisationen Geld zufließen lassen";
3. die Gruppe, "die aus recht verschiedenen Gründen die Notwendigkeit, das Recht und die Pflicht zur Verteidigung bestreitet und den Wehrgedanken offen und heimlich bekämpft oder die Verteidigungskonzeption der Bundesregierung ganz oder teilweise ablehnt";
4. die "Gruppe deutscher evangelischer Theologen" unter ihrem "Anführer" Martin Niemöller und seiner "bolschewisten-freundlichen Jungmannschaft von Theologen unter Führung von Herrn Mochaleski und dem Studentenpfarrer Schröder";
5. die Kriegsdienstverweigerer, die "der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung nicht ernst nimmt";

6. "einen Teil" der deutschen Presse; und "die in der Opposition stehende SPD", und hier vor allem die "Linksradikalen", bei deren Äußerungen "auch der Harmloseste den kommunistischen Auftraggeber erkennen kann", wie beispielsweise bei den Anträgen des SPD-Ortsvereins Ulm oder des SPD-Unterbezirks Köln zum Stuttgarter SPD-Parteitag.

Der General zieht aus seinen Darlegungen den Schluss, dass sich "linksradikale Sozialdemokraten, evangelische Theologen und prominente Physiker in gleicher Weise dazu hergeben, dem bolschewistischen Vormarsch durch planmäßige Zersetzung des Wehrwillens Vorschub zu leisten". Es scheine, so sagt der General, "notwendig zu sein, dass die Kreise, die eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Verteidigung des Westens und eine angemessene Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen für richtig halten, dieser verfassungswidrigen Zersetzung, wo sie ihr begegnen, entgegentreten".

Dieses "Entgegentreten" sieht der General etwa beim "Fall" der evangelischen Theologen so, da s er, so lange es nicht möglich sei, den Pastor Martin Niemöller, der "heute noch unverständlicherweise das hohe Amt eines Präsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau bekleidet", abzusetzen, empfiehlt, "so lange aus der Kirche auszutreten, bis die Misstände in der Kirchenleitung abgestellt sind. Derartige Kirchenaustritte sind bereits erfolgt, weitere werden folgen".

Wir überlassen der Evangelischen Kirche die Antwort auf diese geradezu ungläubhafte Pression; unsere Aufgabe ist es nur, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Wirken regierungsfinanzierter "Wehrkreise" zu lenken die in ihrer atomaren Hybris völlig vergessen zu haben scheinen, wer sie selbst sind und welche Position sie in einer freiheitlichen Demokratie haben und haben dürfen. Oder wäre es sonst möglich, dass es der Generalleutnant a.D. Schneider wagt, in seinem regierungssubventionierten Blatt diese Bundesregierung aufzufordern, sie möge "hier bald eine Klärung der Rechtslage" herbeiführen?

Der General, der von den Staatsbürgern, die beispielsweise "die Verteidigungskonzeption der Bundesregierung ganz oder teilweise ablehnen", also faktisch von vielen Millionen Westdeutschen, hochfahrend und im Menschennaterial-Jargon von "diesen Leuten" und "diesen Menschen" spricht, konstruiert die Beschuldigung, dass sie die "Existenz des Staates und unsere Freiheit gefährden" und auf Angehörige der Bundeswehr in der Absicht einwirken, "die pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutz des Bestandes und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben". Der General kann sich nicht damit herausreden, dass er diese letztere Beschuldigung konkret nur gegen Kirchenpräsident Niemöller und seine Freunde erhoben habe. Der General hat alle Bundesbürger, die gegen die Aufrüstung an sich oder gegen die Atomrüstung oder die Strauss-Konzeption sind, wahllos in einen Topf geworfen, gleichgültig, welche Beweggründe sie haben und aus welchem Lager sie kommen. Der Kreis der Einzelpersonen, Organisationen und Verbände, die der General wegen "Zersetzung der Wehrkraft und des Wehrwillens" dem Kadi ausliefern will, ist so weit und umfassend, dass sich plötzlich Millionen Westdeutsche vor die Schranken eines "Wehrkraftzersetzungs"-Sondergerichtes - und gäbe es bei uns noch die Todesstrafe, möglicherweise auch schon vor den Galgen - gezerrt sehen.

Wir sagten, dass jetzt die Grenze des Zulässigen überschritten worden ist. Die regierungs- und koalitionsgeförderte Hetze gegen Links, der mit allen Mitteln der Kommunismysterie und der Diffamierung arbeitende Vernichtungskampf der westdeutschen Reaktion vor allem gegen die SPD ist zur Staats- und Volksgefährdung geworden. Auch andere akute Beispiele, wie die "Stahlhelm"-Rede des CDU-Bundestagsabgeordneten Prof. Pascual Jordan, beweisen das. Wir schlagen um der Demokratie willen Alarm!

Deutsche Parlamentarier in Mexiko

M.D., Mexiko City

Die Ankunft einer fünfzöpfigen Parlamentariergruppe aus Bonn ist in der mexikanischen Tagespresse ausführlich kommentiert worden. Es wird unterstrichen, daß zum ersten Mal eine Gruppe von deutschen Volksvertretern zu einer zwölfwägigen Studienreise nach Mexiko kommt, während bisher nur Geschäftsreisen führender Männer von Wirtschafts- und Finanzgruppen und gelegentlich "Blitz-Besuche" aus Bonner Regierungskreisen zu verzeichnen waren. So vermerkt dazu der "Universal" aus Mexiko-City:

"Es ist bemerkenswert, daß uns zum ersten Mal eine repräsentative Parlamentsdelegation aus Bonn aufsucht. Andererseits wird deutlich, daß das Interesse für Mexiko sich nicht mehr auf die Wirtschaftssphären beschränkt. In den ersten Nachkriegsjahren besuchten uns lediglich die Vertreter der Schwerindustrie und der Finanzwelt, die an der Ausdehnung der mexikanisch-deutschen Handelsbeziehungen stark interessiert waren. Die Serie der Besuche der deutschen Industrie-Kapitäne und Bankiers, so u.a. von Schacht, Stinnes und Krupp, erreichte in gewissem Sinne ihren Höhepunkt mit der denkwürdigen deutschen Industrie-Ausstellung. Seitdem sind die bekannten Marken und Produkte wie "Siemens", "Volkswagen", "Telefunken", usw. hierzulande sehr populär geworden. In den letzten Jahren figuriert Deutschland, direkt hinter den Vereinigten Staaten, an zweiter Stelle in der Aussenhandelsbilanz Mexikos. Seit einiger Zeit wird von deutscher Seite mehr und mehr Wert darauf gelegt, die gegenseitigen kulturellen und politischen Beziehungen zu fördern und auszubauen."

Es ist besonders verzeichnet worden, daß diesmal als Vertreter der Bundesrepublik nicht höhere Beamte oder Regierungsvertreter, sondern Repräsentanten der drei führenden Parteien des Bundestages der mexikanischen Öffentlichkeit gegenüberreten. Daß sowohl Mitglieder der Regierungsparteien als der Oppositionsparteien dieser parlamentarischen Studiengruppe angehören, wird offensichtlich als ein positives demokratisches Symptom hier gewertet. Besonderen Eindruck muß das auch in der hiesigen deutschen Kolonie hervorrufen, die in ihrer großen Mehrheit noch in den althergebrachten Vorstellungen aus naher und ferner deutscher Vergangenheit denkt und der darum als politische Lebensäußerungen

größtenteils nur eingeleisige und uniforme Manifestationen vorschweben. Das mexikanische Regierungsorgan "El Nacional" unterstreicht den angekündigten offiziellen Parlamentarier-Besuch, den die deutsche Abgeordneten-Gruppe durchführen wird. Das offizielle Motiv dieser Studienreise sei, eine bessere Informierung zu erreichen, und Kontakte zu Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens herzustellen. Die angesehenen Tageszeitung "Exelsior" wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob die deutschen Parlamentarier mit ihrer Mission vielleicht eine Aktivierung und Vertiefung der deutsch-mexikanischen Kulturbeziehungen anstreben. Das Blatt schreibt u.a.:

"Es wird angenommen, daß dieser Besuch nicht nur neue Kontakte mit politischen Persönlichkeiten zur Folge haben wird, sondern daß auch Schritte unternommen werden, um die bestehenden kulturellen Beziehungen künftig aktiver zu gestalten."

Angesichts der beispielgebenden Kulturtätigkeit in Mexiko, besonders seitens des französischen Kulturinstituts, das im letzten Weltkrieg durch die emigrierten französischen Wissenschaftler und Sozialisten Paul Rivet und Marceau Pivert begründet wurde, und heute an geistiger Ausstrahlung selbst die große Tätigkeit der amerikanischen Institutionen überflügelt, ist diese Bemerkung der mexikanischen Zeitung wohl als ein nachdrücklicher Wunsch und zugleich als eine höfliche Kritik zu verstehen.

Mit einem besonderen politischen Kommentar nimmt die demokratisch orientierte "Novedades" zu dem deutschen Parlamentarier-Besuch in Mexiko Stellung: "Die Anwesenheit deutscher Abgeordneter in Mexiko und anschließend in Costa Rica und Venezuela wird als eine Anerkennung des neuen Deutschlands gegenüber den demokratisch fortschrittlichsten Ländern Lateinamerikas aufgefaßt. Die deutsche Bundesrepublik ist vom kulturellen und geschichtlichen Standpunkt die legitime Erbin des deutschen Volksstrebens. Die Parlamentarier sind sich bewußt, daß nach den schlimmen Erfahrungen zweier Weltkriege und den üblen imperialistischen Abenteuer unter Kaiser Wilhelm und Adolf Hitler, die wahre Größe Deutschlands nur in der friedlichen Arbeit, im Fortschritt, in der Kultur, in der Wissenschaft und in der Kunst zu suchen sei."

Es ist in der Tat zu hoffen, daß dieser zwölf-tägige Besuch einer Bundestagsdelegation sowohl in der mexikanischen als in der deutsch-mexikanischen Öffentlichkeit neues Verständnis und mehr Sympathien für das jetzige demokratische Deutschland auslösen wird.

## Vor der Wahl im kleinsten Bundesland

M. Th. Bremen wählt am 11. Oktober seine neue Bürgerschaft und gibt damit dem politischen Betrachter in der Bundesrepublik in diesem Jahre zum letzten Mal die Möglichkeit zu einem politischen Stimmung-Überblick. Aber man wird nicht überall bereit sein, Bremen als allgemeingültige Zwischenbilanz anzuerkennen.

Einmal stehen die landespolitischen Fragen in diesem kleinsten Bundesland im Vordergrund der Wahlaussinandersetzung, vor allem aber ist mit einem Ergebnis zu rechnen, das in Bonner Regierungskreisen wenig Freude auslösen wird. So nimmt man von der Wahl in Bremen möglichst wenig Notiz, was schon in der Tatsache ihren Niederschlag findet, dass die CDU diesmal weit entfernt ist von dem bei ihr gebräuchlichen wirtschafts-finanzierten Wahlaufwand. Hier hat ihr die SPD mit einer seit Monaten in engstem Kreise wohlvorbereiteten Sympathiewerbung den Rang abgelaufen. Sie hat noch den zusätzlichen Vorteil, dass sie bei der Frage nach der Finanzierung auf die Opferbereitschaft ihrer Mitglieder und Wähler hinweisen kann.

### Acht Parteien - 100 Sitze

Acht Parteien bewerben sich um die 100 Sitze in der Bremischen Bürgerschaft, von denen 80 auf Bremen und 20 auf Bremerhaven entfallen, das zusammen mit der Hansestadt das Land Bremen bildet. Aber neben den Sozialdemokraten haben nur die CDU, FDP und die Deutsche Partei die Gewissheit, auch Mandate zu erhalten. Der BHE und der Bund der Deutschen wiesen sich schon bei früheren Wahlen als Splitterparteien aus und auch die Kommunisten, die nach dem Verbot als "Unabhängige" ihre Rückkehr ins Parlament betreiben, werden an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern. Als Unbekannte gilt lediglich die DRP, die mit grossem Stimmaufwand erstmals in Bremen Fuss zu fassen sucht. Aber auch hier besteht begründete Aussicht, dass bremische Nüchternheit die hochfliegenden schwarz-Weiss-roten Träume vereitelt.

Der Versuch von 1955, nach dem Muster Hamburgs einen Bürgerblock zur "Brechung der roten Vorherrschaft" zu bilden, ist diesmal nicht wiederholt worden. Die Erfahrungen waren zu niederschmetternd. Auch ist man im bürgerlichen Lager längst überzeugt davon, dass man sich höchstens untereinander, kaum aber der SPD entscheidende Mandate abgewinnen kann. Auf diese "innere Umgruppierung" setzt die DP und so ist die CDU als Koalitionspartner der SPD den stärksten Angriffen von dieser Seite ausgesetzt.

### Die Leistungen sprechen für sich

Aber es sind nicht die Angriffe, es sind die Leistungen, die auch diese Wahl entscheiden werden. Leistungen, die den Namen Bremens weit ins Bundesgebiet und über die Grenzen Deutschlands hinausgetragen haben. Sie sind unlösbar verbunden mit der Sozialdemokratischen Partei und dem Sozialdemokratischen Bürgermeister Wilhelm Kaiser, der seit nunmehr 14 Jahren verantwortlich die Geschichte dieses Stadtstaates leitet. Und wenn die bremische Bevölkerung vor vier Jahren der SPD die absolute Mehrheit im Landtag übertragen hat, so war das ein Vertrauensbeweis und die Anerkennung für ein Beispiel des Aufbaus, das in den letzten Jahren zielstrebig ausgebaut und noch übertroffen worden ist. Das entgegengebrachte Vertrauen wurde nicht vertan, sondern durch neue Anstrengungen für die Gemeinschaft gerechtfertigt.

Bremen ist unter Sozialdemokratischer Führung zu dem Land des sozialen Wohnungsbaus in der Bundesrepublik geworden. Die "Kriegszerstörungen" wurden längst ausgeglichen und insgesamt 100 000 Wohnungen neu gebaut. Bremen liegt im Wohnungsbau 50 Prozent über dem Bundesdurchschnitt und

überall beweisen neue Wohnsiedlungen und neue Stadtteile, daß die Opfer, die hierfür gebracht wurden, Opfer für die Gemeinschaft waren. Mit einem eigens für den Wohnungsbau geschaffenen Landesgesetz hat Bremen den Aufbau vorangetrieben und sich nicht gescheut, mit den notwendigen Zins-subsidien in Höhe von 450 Millionen DM auch langfristige Belastungen für die Zukunft zu übernehmen.

Für den Aufbau der Häfen, einer der Lebensadern Bremens, wurden seit der Währungsreform aus eigenen Mitteln 250 Millionen DM aufgebracht; zur Ansiedlung neuer Industrien und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wurden bewußt erhebliche Steuermittel aufgewandt, um die Wirtschaft Bremens auf eine breitere Basis zu stellen und damit krisenfester zu machen. Die Klöckner-Hütte Bremen, das Stahlwerk am Meer, zur Zeit das modernste Stahlwerk Europas, ist das bekannteste, aber nicht das einzige Beispiel dieser zielstrebigen und vorausschauenden Industriensiedlung.

#### Beispielhafte Toleranz

Im Schulbau ist Bremen führend in der Bundesrepublik. Der Umsatz in der Industrie beträgt in Bremen pro Beschäftigtem im Jahr rund 36 000 DM, im Bund dagegen nur 27 700 DM. Die Arbeitszeitregelung im öffentlichen Dienst in Bremen ist die weitaus beste in ganzen Bundesgebiet. Der Hafenumschlag hat die besten Vorkriegsziffern längst überflügelt und in der Jugendhilfe und -förderung sind die Leistungen der Hansestadt zu einem weit ausstrahlenden Beispiel geworden.

Aber Bremen ist nicht nur ein Beispiel sozialdemokratischer Aufbauleistungen. Bremen ist auch ein Beispiel sozialdemokratischer Toleranz. Immer hat die SPD auf eine große Koalitionsregierung Wert gelegt, um durch die Verbindung zwischen Arbeiter- und Kaufmannschaft eine breite Grundlage für den weiteren Aufstieg zu schaffen. Und so ist die Bremer SPD auch nach 1955 trotz ihrer absoluten Mehrheit sehr bewußt eine neue Koalitionsregierung mit CDU und FDP eingegangen. Sie hat nicht Macht - sondern Gemeinschaftspolitik betrieben und damit eine Zurückhaltung bewiesen, die die Sozialdemokraten als wahre und verantwortungsvolle Staatsträger ausweist.

#### "Alles für Bremen"

Die Bremer SPD ist auch diesmal mit einem "Bremen-Plan" vor die Öffentlichkeit getreten, in dem in zehn Punkten dargelegt wird, welche Aufgaben in den nächsten vier Jahren vorrangig von der SPD in Angriff genommen werden, wenn sie erneut das Vertrauen der Bevölkerung erhält. Sie hat ihren Bremen-Plan von 1955 erfüllt und damit die Garantie gegeben, daß auch ihr neues Wahlprogramm als ein erfüllbares Schwerpunktprogramm und nicht als Wahlagitation betrachtet werden darf. Neben dem Wohnungs- und Schulbau, der Ausweitung der Häfen, dem Krankenhausbau und der Jugend- und Altersbetreuung ist diesmal den Verkehrsproblemen besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden, da die schnelle Ausdehnung der Stadt auch neue Verkehrsorgen mit sich bringt. Auch hier ist es die Sorge um den Menschen, die sozialdemokratisches Handeln bestimmt.

Diese Sorge um den Einzelnen hat ihren Ausdruck auch in der diesjährigen Wahlparole der Sozialdemokraten gefunden. "Alles für Bremen" - das ist das Bekenntnis zur Fortsetzung einer Aufbaupolitik, die den Namen der alten Hansestadt und ihrer stärksten Regierungspartei zu einem Begriff staatlicher Verantwortung und sozialer Gesinnung hat werden lassen.

Zur Erinnerung an Wilhelm Mellies

sp - Am 5. September dieses Jahres wäre Wilhelm Mellies, jahrelang stellvertretender Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie und der SPD-Bundestagsfraktion 60 Jahre alt geworden. Ein grausames Schicksal hat es anders gewollt. Sein Tod fiel als schwerer Schatten im vergangenen Jahr auf den Stuttgarter Parteitag; Trauer und Bestürzung erfüllten die Delegierten, als sie inmitten arbeitsreicher Beratungen die Kunde von seinem Hinscheiden vernahmten. Sein Tod kam nicht unerwartet, eine heimtückische Krankheit, deren tödlicher Ernst zu Beginn nicht zu erkennen war, hatte ihn viele Wochen an das Krankenbett gefesselt, von dem er nicht mehr aufstehen sollte. Wilhelm Mellies trug sein schweres Los mit Würde und bewundernswertem Mut. Zehn Tage vor seinem Tode empfing er, wissend, dass es nun Abschied zu nehmen galt, seine engsten politischen Freunde. "Ich weiss, dass ich sterben muss. Ich hätte gern noch eine Weile mit Euch zusammen gelebt und gewirkt. Grüsst alle Freunde und dankt ihnen für die Jahre gemeinsamer Arbeit." Diese schlichten Worte, gesprochen von einem todkranken Manne, kennzeichnen die menschliche Grösse Wilhelm Mellies'.

Mit ihm verlor die deutsche Sozialdemokratie einen Mann mit grossen politischen und parlamentarischen Erfahrungen, einen integren Charakter, der ganz in der Arbeit für die Entwicklung der neuen deutschen Demokratie aufging. Niemals drängte er sich zu Stellungen, er wurde immer geholt. Als jüngster Landtagspräsident in der Weimarer Republik holte er sich die ersten parlamentarischen Sporen; im Dritten Reich weigerte er sich als Lehrer, einem Regime zu dienen, das auf der Vergewaltigung von Recht und Menschlichkeit beruhte. Nach dem Zusammenbruch wurde Schumacher auf ihn aufmerksam. In Bonn trat er ins öffentliche Blickfeld. Als Geschäftsführer der Bundestagsfraktion bestand er manches harte Gefecht, ohne aber jemals seinen Fuss auf den Unterlegenen zu setzen. Was ihm an rhetorischer Brillanz fehlte, ersetzte er durch Gediegenheit und Sachlichkeit. Er hatte viele Gegner, aber keine Feinde, man schätzte ihn als Mann, dem Arbeit und Pflichterfüllung oberstes Gebot seines Wirkens war.

Wilhelm Mellies ist viel zu früh gestorben. In dem Herzen seiner vielen Freunde lebt er als getreuer Eckkhard der Partei weiter, mit Trauer gedenken sie dieses Mannes, dessen Redlichkeit, menschliche Stärke, Aufgeschlossenheit und Toleranz von allen beglückend empfunden wurde, die das Glück hatten, in seiner Nähe wirken zu dürfen. + + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler